

bindfaden- bis 1,15; gutes Fett; drahtgepr.; endenz: ab-

Schlachthof; Bullen; 317; r. 1471 (50)

14. 6. 9. 6. Pfg. Pfg. 2-16 9-11

6-39 36-39 9-34 30-35 3-28 25-29 7-39 38-39 8-40 38-40 9-40 38-40 8-39 37-38 6-37 35-36 8-32 28-32

nicht an den jene noch die Schriftl.

ifn!

g!

übliche Stoffeln 32 Pfg. Schlangenkurken 27 Pfg. 22 Pfg. eintreffend: naten 35 Pfg. eische beeren 50 Pfg. at, Kettich menkohl, Kohlrabi Carotten 1/2 Pf. von Pfg. an eren neuen stachen mit abdeckel: e Flasche 60 Pfg. e Flasche g. mit Glas billig! woch bis instag ch 1932er heringe d. neue rtoffel 50 Pfg. Stück esheringe d. neue rtoffel 50 Pfg. battmarken nkuch gründet

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 85 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 138

Donnerstag, den 16. Juni 1932

Jahrgang 105

Die Lausanner Konferenz eröffnet

Macdonald Präsident der Konferenz — Morgen Rede des Reichskanzlers

Voraussichtlich nur kurze Konferenzdauer

II. Lausanne, 16. Juni. Die Lausanner Tributkonferenz hat am Mittwoch um 17 1/2 Uhr mit einer Vorbesprechung, an der Reichskanzler von Papen, Außenminister von Neurath, Macdonald, Serriot, Grandi, der belgische Ministerpräsident Renkin und der japanische Botschafter in Rom, Yoshida, teilnahmen, begonnen.

Nach amtlicher Mitteilung nehmen an der Lausanner Konferenz 18 Mächte teil, und zwar: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rumänien, Tschechoslowakei, Südslawien, Ungarn, Griechenland, Polen, Portugal, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Bulgarien. Die österreichische Regierung ist nicht eingeladen, da auf der Haager Konferenz bereits die österreichischen Reparationen endgültig geregelt worden sind. Die Sitzungen der Konferenz finden in dem altertümlichen Chateau d'Orsay statt. Macdonald ist als Präsident der Konferenz ausersehen. Er wird in der heutigen Eröffnungssitzung offiziell gewählt werden. Allgemein rechnet man mit einer 14tägigen Dauer der Konferenz.

Aus maßgebenden französischen Kreisen verlautet, Serriot und Macdonald seien übereingekommen, die Lausanner Konferenz vorzuschlagen, im Anschluß an diese Konferenz oder einige Wochen darnach in Lausanne eine gesamteuropäische Wirtschaftskonferenz abzuhalten, in der die gesamteuropäischen handels- und wirtschaftspolitischen Fragen, besonders die Fragen der Zollherabsetzung und der Währungsangleichung, erörtert werden sollen.

Ferner wird mitgeteilt, zwischen Serriot und Macdonald sei vereinbart worden, der Lausanner Konferenz Verlangungen des Reparationsmoratoriums auf 6 Monate vorzuschlagen, da bis zum 1. Juli, dem Tage des Ablaufs des Hooverzahlungsauflaufs, eine endgültige Regelung der gesamten interalliierten und Reparationsfragen nicht zu erwarten sei.

Deutsche Ministererklärungen in Lausanne.

Die verantwortlichen deutschen Minister auf der Lausanner Konferenz haben gestern vor der deutschen Presse folgende Erklärungen abgegeben: Reichskanzler von Papen erklärte, die auf der Konferenz zur Verhandlung gelangenden Probleme seien ihm nicht fremd. Die deutsche Regierung werde selbstverständlich mit der gleichen Festigkeit wie ihre Vorgängerin die nationalen Notwendigkeiten vertreten. Es handle sich jetzt nicht nur um die Frage, einen endgültigen Strich unter das Reparationsproblem zu ziehen, vielmehr müßte dieses Problem in seiner ganzen Tragweite, sowie die Gesamtlage, in der sich das gesamte Europa heute befinde, mit den übrigen Staatsmännern vertrauensvoll behandelt werden. Die gesamte Öffentlichkeit erwarte heute von den Staatsmännern La-

ten Die gegenwärtige, außerordentlich ernste Lage vertrage es nicht mehr, daß diese Konferenz nur mit Versprechungen und Zusicherungen ende. Die Aufgabe dieser Konferenz sei, einen endgültigen Auftrieb für Deutschland und damit für das gesamte Europa zu finden.

Die ersten Vorbesprechungen der einladenden Mächte seien planmäßig und zufriedenstellend verlaufen. An die Eröffnungssitzung würden sich zunächst private Besprechungen mit den übrigen Staatsmännern anschließen. Am Freitag werde er sodann in der ersten Sitzung der Konferenz als Vertreter Deutschlands den Standpunkt der deutschen Regierung zu den in Frage kommenden Problemen darlegen. Ueber die Lebensfragen, die zur Erörterung auf der Konferenz stehen, bestche in Deutschland keinelei Meinungsverschiedenheit. Es könne hierin nur eine einzige Meinung geben.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath wies darauf hin, daß die Abordnung Deutschlands auf der Konferenz selbstverständlich versuchen werde, dem nationalen Interesse Deutschlands gerecht zu werden. Ueber die Methoden könne vorläufig nichts gesagt werden. Der optimistische Ton der ausländischen Presse entspreche in keiner Weise der tatsächlich ernsten Lage. Wenn auch die Erkenntnis von der Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen Deutschlands allgemein durchgedrungen sei, sei es jedoch noch ein weiter Schritt bis zu deren offizieller Anerkennung. Der Reichsaußenminister betonte, er teile keineswegs den sich vielfach geltend machenden Optimismus, daß auf der Lausanner Konferenz bereits in wenigen Tagen eine positive Lösung erreicht werde.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk sagte u. a.: Die Lausanner Konferenz werde sich mit zwei großen Problemen zu befassen haben: dem Reparationsproblem und dem großen wirtschaftlichen Problem. Es sei die Tragik aller bisherigen Konferenzen gewesen, daß sie immer zu spät gekommen seien. Eine großzügig eingeleitete Regelung der Reparationsfrage unmittelbar nach dem Hoovermoratorium im vorigen Jahre hätte damals vielleicht die Möglichkeit gegeben, die Krise stark einzuschränken. Ob jetzt zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise die Regelung der Reparationsfrage allein genüge, sei entschieden die Frage. Die deutsche Regierung werde daher gerade der Frage der wirtschaftlichen Probleme die größte Beachtung schenken müssen. Die Regelung der Reparationsfrage sei zweifellos eine Voraussetzung für die Lösung der Wirtschaftsfrage. Ohne eine solche Lösung sei eine Gesundung der Wirtschaft nicht zu erreichen. Beide Fragen gehörten zusammen. Aber die Herbeiführung einer Gesamtgesundung der Weltwirtschaft sei jetzt eine unerläßliche Aufgabe geworden. Ob diese Konferenz für beide Fragen reif sei, sei allerdings die Frage.

Die politische Notverordnung unterzeichnet

Keine Berücksichtigung der Länderwünsche in der Verbändefrage

II. Berlin, 16. Juni. Die politische Notverordnung der Reichsregierung, die u. a. auch die Frage des S. A. - Verbots behandelt, ist gestern vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden. Den Vertretern der Länder wurde der Inhalt der Verordnung gestern nachmittag im Reichsinnenministerium mitgeteilt. Mit der Veröffentlichung der Verordnung ist nach wie vor für heute zu rechnen. Die Verordnung erscheint heute nachmittag im Reichsgesetzblatt; sie tritt am Freitag in Kraft.

Zur politischen Notverordnung schreibt die „Deutsche Zeitung“ u. a.: Tatsächlich wird durch die Notverordnung das Uniformverbot unwiderruflich für das ganze Reich aufgehoben. Entgegen der von der Linken verbreiteten Auffassung haben im übrigen die Länder keine Möglichkeit, durch eigene Verbote die Reichsnotverordnung zu durchkreuzen. Lediglich die bayerische Regierung wäre dazu vielleicht auf Grund ihrer besonderen verfassungsmäßigen Handhabung in der Lage. Die Bedeutung der politischen Notverordnung liegt darin, daß sie eine grundsätzliche Neuordnung für alle in Frage kommenden Gebiete darstellt. Aus diesem Gesichtspunkt heraus wird in der Notverordnung eine Neuregelung der ganzen Verbändefrage getroffen. Die Verbotsverordnung gegen die S. A. wird nur durch eine kurze formelle Bestimmung aufgehoben. Von besonderer Bedeutung ist schließlich, daß die neue Notverordnung endlich auch die seit Jahren geforderten Bestimmungen gegen Landesverrat bringt. Wie wir erfahren, sind diese Bestimmungen noch zum Schluß als besonderer Abschnitt in die Notverordnung hineingearbeitet

worden. Sie richten sich insbesondere gegen das landesverräterische Denunziantentum gewisser Kreise, die mit den bisherigen Gesetzen nicht zu fassen waren.

Der neue Kurs im Reichsarbeitsministerium

Die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister

II. Berlin, 16. Juni. Ueber eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften aller Richtungen berichtet der „Vorwärts“: u. a.: Der Reichsarbeitsminister habe betont, er stelle sich grundsätzlich auf den Boden des geltenden Arbeitsrechts, das die Anerkennung der Gewerkschaften und deren gleichberechtigte Mitwirkung in sich schließe. Das Tarifrecht und das Schlichtungswesen sollten erhalten bleiben, doch müsse der Staat die Lohnregelung mehr als bisher den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen; die staatliche Zwangsregelung der Löhne und Gehälter könne nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten solle erhalten werden, doch seien die Grenzen durch die allgemeine Wirtschaftslage en gezogen. Er halte einen nochmaligen Lohnabbau nicht für tragbar. Die Verkürzung der Arbeitszeit solle durch paritätische Kommissionen bezirklich behandelt werden.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung

Im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß auf dem Gebiete des Straßenbaues, des Wasserstraßenbaues und der Meliorationen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Gesamtbetrage von 135 Millionen vorgesehen sind. Hiervon entfallen auf Straßenbauarbeiten 80 Millionen, auf den Bau von

Tages-Spiegel

Der Reichspräsident hat gestern die politische Notverordnung unterzeichnet. Sie enthält eine Neuregelung der politischen Verbände ohne Berücksichtigung der Länderwünsche.

Die Reichsminister werden in den nächsten Tagen nacheinander im Rundfunk sprechen. Gestern sprach der Reichsarbeitsminister über den sozialen Inhalt der Notverordnung, heute wird ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums über die neue Steuerverordnung und morgen der Reichsinnenminister im Rundfunk zu hören sein.

Der Reichsinnenminister hat den Rundfunk zu Wahlreden für alle politischen Parteien mit einer Fraktionsstärke von 15 Abgeordneten freigegeben. Die Kommunisten sind hiervon ausgenommen.

Der Preussische Landtag nahm mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Antragsteller einen kommunistischen Antrag an, wonach das preussische Staatsministerium die Reichsregierung ersuchen soll, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen.

Der Aelterenrat des Preussenlandtags hat jetzt die Wahl des Ministerpräsidenten auf den 22. Juni festgesetzt.

In der brandenburgischen Gemeinde Langelsheim kam es zu schweren politischen Schlägereien zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, die sich ein Feuergefecht lieferten. Zahlreiche Verletzte blieben auf dem Kampplatz.

Wasserstraßen 50 Millionen und für Meliorationen 25 Millionen. Die Finanzierung dieses Betrages ist so gedacht, daß die Unternehmer auf die „Deutsche Gesellschaft für Arbeitsbeschaffung“ in der von ihnen gewünschten Höhe Wechsel beziehen können, die von der Reichsbank diskontiert werden können. Das Reich hat die Ermächtigung erhalten, die Bürgerschaft für diese Summen zu übernehmen. Die in Frage kommenden Beträge werden ab 1. Juli nächsten Jahres etatsmäßig abgedeckt. Man hofft, mit Hilfe der oben genannten Maßnahmen Arbeit für 400 000 Tagewerke zu schaffen.

Die Städte können auf die Bürgersteuer nicht verzichten

II. Berlin, 16. Juni. Der Deutsche Städtetag weist im Hinblick auf die neue Notverordnung darauf hin, daß der Fehlbetrag der deutschen städtischen Haushalte für das Jahr 1933 die Summe von 750 Millionen Mark erreichen würde. Die Erhöhung der Reichshilfe um 230 Millionen auf 680 Millionen, also um 450 Millionen bringe zwar eine fühlbare Erleichterung, jedoch verblieben von dem genannten Fehlbetrag auf diese Weise immer noch 300 Mill. M., die durch Einsparungen an den Ausgaben nicht aufgebracht werden könnten. Auch die Erhöhung der Einnahmen sei durch die Realsteuerperre nur in beschränktem Maße möglich, so daß auf die Bürgersteuer wohl nicht verzichtet werden könne. Die Auffassung, daß die Erhebung der Bürgersteuer durch die neue Notverordnung nicht mehr möglich sei, sei nach Ansicht des Städtetages irrig, da die Entscheidung über die Weitererhebung dieser Steuer bei den Länderregierungen liege. Der Reichsstädtebund erklärt, daß die Erhöhung der Reichshilfe für die kleineren und mittleren Städte nur bescheidene Auswirkungen haben werde. Auf die Bürgersteuer könnten gerade die kleineren Städte nur schwer verzichten.

Neue polnische Herausforderung in Danzig

II. Danzig, 16. Juni. Nachdem 5 englische Torpedobootszerstörer zum Besuch Danzigs auf der Reede geankert hatten, traf in der Nacht ganz überraschend der polnische Torpedobootszerstörer „Wicher“ ein und ankerte in unmittelbarer Nähe der englischen Zerstörer. Kurze Zeit nachdem die englischen Zerstörer morgens in den Danziger Hafen eingelaufen waren, lief auch der polnische Zerstörer in den Hafen ein und machte an der Westerplatte fest, ohne die vorgeschriebene Erlaubnis des Danziger Senats schriftlich oder telefonisch eingeholt. Der polnische Kommandant machte darauf dem englischen Kommandanten des Zerstörers „Campbell“ einen Besuch.

Das Verhalten des polnischen Zerstörers stellt eine der schwersten polnischen Herausforderungen gegenüber der freien Stadt Danzig dar. Das Kriegsschiff hat, nachdem die Regierung der Freien Stadt Danzig die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, die bei der Regelung polnisch-Danziger Streitfragen vorgesehen sind, den Danziger Hafen wieder verlassen.

Bestimmungen der finanziellen Notverordnung

Arbeitslosenhilfe, Sozialversicherung, Reichsverforgung. Die finanzielle Notverordnung bringt zunächst Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe, der Sozialversicherung und der Reichsverforgung. Die Notverordnung führt die Leistungen im allgemeinen auf den Stand von 1927 zurück. Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftliche Pensionsversicherung werden um 6 Mark bei den Invaliden, um 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen für den Monat gekürzt. Bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark und der Kinderzuschuß um 2,50 Mark pro Monat gekürzt. Der Anteil der Witwen- und Waisenrente an der Hauptrente wird von sechs Zehntel auf fünf Zehntel und von fünf Zehntel auf vier Zehntel herabgesetzt. Die Renten aus den Unfällen werden um 15 v. H. und die übrigen Unfallrenten um 7 1/2 v. H. gekürzt. Im übrigen hat die Reichsregierung die Ermächtigung zu Maßnahmen erwirkt, die in der Sozialversicherung Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, Vereinfachung und Verbilligung unter Umständen erzwingen können.

In der **Kriegsopfer-Verforgung** erschienen wesentliche weitere Kürzungen nicht mehr möglich. Die Verordnung beschränkt sich deshalb in der Hauptsache auf gewisse bisher unterbliebene Angleichungen an frühere Kürzungen in der Reichsverforgung und Sozialversicherung.

Wohlfahrtslasten der Gemeinden. Die Notverordnung befaßt sich weiter mit der Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden. Die Finanzlage des Reiches ist überaus gespannt. Gegenüber 1930 haben die Steuern und Zölle im vergangenen Jahr an Stelle von 6 Milliarden Reichsmark noch nicht 5,5 Milliarden erbracht und für das Jahr 1932 schätzt man ein Auskommen von nur rund 5,4 Milliarden Reichsmark. Die Ausgaben des Reiches so unvermittelt zu senken, ist bisher nicht gelungen. Von Steuererhöhungen sind nennenswerte Mehreinnahmen nicht zu erwarten. Bei der Lage des deutschen und internationalen Geld- und Kapitalmarktes ist auch mit der Aufnahme von Anleihen nicht zu rechnen. Der Etatsentwurf der Reichsregierung sieht Ausgaben und Einnahmen von 8,2 Milliarden Reichsmark vor. Darin sind Ausgaben für landwirtschaftliche Siedlungen in Höhe von 50 Millionen Reichsmark eingestellt, ferner für Befreiung der Untertagearbeiter von der Arbeitslosenversicherung 33 Millionen Reichsmark, für die Knappschaftliche Pensionsversicherung 25 Millionen Reichsmark und für den Freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen Reichsmark. Zur Deckung hat sich die Reichsregierung gezwungen gesehen, die bereits früher bestandene Salzsteuer in gleicher Höhe wieder einzuführen und auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenversorgung das Mißverhältnis zu beseitigen, daß die funderlosen Leichtbeschädigten besser gestellt waren als die verheirateten mit Kindern. Außerdem hat sie die Kinderzulagen und Waisenrenten in der Kriegerverforgung auf das 15. Lebensjahr begrenzt. Auf diese Weise und durch eine Erhöhung der nach Verabschiedung des Reichshaushalts noch vorzunehmenden Ausgabenabstriche ist es gelungen, den Haushalt auszugleichen. Das in der Umschichtener liegende Gefahrenmoment, daß die bisherige Steuerquote von 1820 Millionen Reichsmark nicht erreicht werden könnte, ist durch Beseitigung der am 1. Dezember 1930 eingeführten Freigrenze von 5000 Reichsmark abgemildert worden.

Neben der Sorge um das Durchhalten des Reichshaushalts steht die Reichsregierung vor der größeren Sorge, bei den Gemeinden und den Versicherungsträgern größere Lasten zusammenzubrechen zu verhindern. Die Maßnahmen der Notverordnung dienen daher vor allem auch der Sicherstellung der Unterstützung für die Arbeitslosen und der unbedingten Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen insgesamt. Die Fehlbeträge auf dem gesamten Gebiet der Arbeitslosenfürsorge und bei den übrigen Versicherungsträgern werden durch eine Reihe von Maßnahmen gedeckt. Die Regierung hat trotz der angespannten Finanzlage insgesamt 1384 Millionen Reichsmark für soziale Zwecke im Reichshaushaltsplan vorgesehen. Für die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtslosenfürsorge sind 807 Millionen Reichsmark eingestellt, für die Invalidenversicherung 402, für die Knappschaftliche Pensionsversicherung 95 und für den Freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen Reichsmark. Diese Posten zusammen betragen ungefähr den vierten Teil der Gesamt-

ausgaben des Reichs nach Abzug der Ueberweisung der Steueranteile an die Länder. Weitere Beträge für solche Zwecke konnten unter keinen Umständen aufgewandt werden.

Der Gesamtplan der Arbeitslosenhilfe.

Die ganze Arbeitslosenhilfe soll einheitlich im Haushalt des Reichsarbeitsministers geregelt werden. Zunächst sollen in der Arbeitslosenversicherung die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 v. H. gesenkt und die Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen eingeführt werden. Das ergibt eine Ersparnis von 188 Millionen. In der Krisenfürsorge sollen die Bedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt und die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 10 v. H. gesenkt werden. Die Ersparnis hier macht 117 Millionen aus. Außerdem sollen die um 15 v. H. gesenkten Wohlfahrtsätze als Höchstätze eingeführt werden, wodurch 67 Millionen eingespart werden. In der Wohlfahrtsarbeiterwerblosenfürsorge werden die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 15 v. H. gesenkt werden, was eine Ersparnis von 148 Millionen ausmacht. Es fehlen nach diesen Einsparungen immer noch 400 Millionen Reichsmark, die von der Einnahmeseite her beschafft werden müssen. Daher bleibt nur übrig, alle noch in Arbeit Befindlichen zugunsten der Arbeitslosen mit einem Prozentsatz des Einkommens zu belasten. Diese Abgabe wird für 9 Monate des Rechnungsjahres 400 Millionen Reichsmark erbringen. — Sie beträgt für alle Lohn- und Gehaltsempfänger bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 Reichsmark monatlich 1,5 Prozent, bis zu 300 Reichsmark monatlich 2,5 Prozent, bei einem Arbeitsentgelt zwischen 300 und 700 Reichsmark monatlich beträgt die Abgabe für die ersten 300 Reichsmark 2,5 Prozent, für die weiteren Beträge 5,75 Prozent. Die Abgabe steigert sich bei den höheren Einkommen bis auf 6,5 Prozent. Dafür fällt die Krisenlohnsteuer fort.

Wohlfahrtsbeihilfe.

Der dritte Abschnitt der Notverordnung beschäftigt sich mit der Wohlfahrtsbeihilfe. — Da die Gemeinden für Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung 1352 Millionen aufwenden müssen, aber nur 680 Millionen tragen können, muß der Rest zugehoben werden. Neu ist, daß als Wohlfahrtsarbeiterwerblosenfürsorge nur arbeitsfähige, arbeitswillige und unfreiwillig arbeitslos gewordene Arbeitnehmer unter 60 Jahren gelten, die in dauernder Aufsicht des Arbeitsamtes stehen. Das Reich macht seine Zuschüsse davon abhängig, daß der einzelne Fürsorgeverband eine Haushalts-, eine Kassen- und eine Rechnungsordnung feststellt. Die Notverordnung gibt dem Gemeindevorstand das Recht, gegen Ausgabenerhöhungen durch Gemeindevertretungen Widerspruch zu erheben. Die Besolbungsausgaben der Gemeinden müssen in einem Stellenplan festgelegt werden.

Rechtspflege und Verwaltung.

Die diesbezüglichen Bestimmungen der Notverordnung bezwecken in erster Linie Vereinfachungen und Ersparnisse. Die Not der Zeit gestattet es nicht mehr, in jeder Strafsache drei Instanzen zuzulassen. Demgemäß wird angeordnet, daß in Zukunft gegen jedes Urteil des Amtsrichters oder des Schöffengerichts nur noch ein Rechtsmittel, entweder die Berufung oder die Revision, zulässig ist. Weiter soll künftig in allen Sachen, in denen das Rechtsmittel der Berufung gegeben ist, das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme nach seinem freien Ermessen bestimmen. Die Pfändungsgrenze ist mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab auf 165 Reichsmark monatlich herabgesetzt worden. Die Geschäftsbelastung des Reichsgerichts macht es dringend notwendig, die Arbeitslast auf dem Gebiete der Zivilsachen herabzudrücken. Weiter werden Gebühren für gewisse Beschwerden, für Anträge usw. festgesetzt. Die Kartellverordnung wird vereinfacht. Der vierte Teil der Verordnung bringt für den gewerblichen Rechtsschutz Erleichterungen auf dem Gebiete des Gebühren- und Kostenwesens. Namentlich sind die Patentjahresgebühren für das 10. bis 18. Patentjahr um durchschnittlich 25 v. H. gesenkt worden. Die bereits durch Notverordnung getroffenen Schutzmaßnahmen zugunsten des Grundbesitzes werden zeitlich verlängert. Für landwirtschaftliche Grundstücke ist im Interesse der Sicherstellung der Betriebsführung bis zur Ernte vorgesehen, daß die bei der Einstellung der Zwangsvollstreckung vorgesehenen Zinsauflagen für die Zeit bis zum 30. September 1932 unzulässig sind.

neuen Lasten nur dann Verständnis aufbringen können, wenn ihm gleichzeitig der Weg ins Freie gezeigt werde. Der finanzpolitische Nachlaß Brünings sei geregelt. Jetzt müsse die Aufbauarbeit beginnen. — Der „Vorwärts“ meint: Die Notverordnung bringe keine Lasten für die Wohlhabenden, aber noch mehr Not und Elend für die Armen. Die bitterste Enttäuschung aber bringe sie den breiten Massen mit dem, was sie nicht enthalte. Sie mache alle Hoffnung auf Arbeitsbeschaffung zunichte. — Die „Bölnische Volkszeitung“ schreibt zur Notverordnung u. a.: Die Notverordnung erhalte ihr besonderes Kennzeichen gerade durch das, was nicht in ihr stehe. Sie lege nur Lasten auf und gewähre keinen entsprechenden Ausgleich für diese Lasten, der bei der verhinderten Notverordnung gerade in Siedlung und Arbeitsbeschaffung zu sehen gewesen wäre. Das Ziel der Regierung, „eine neue einheitliche Willensbildung herbeizuführen“, werde nach Abtrennung in dieser Richtung eine Verwirklichung erfahren, die den Autoren der „grundständig neuen Richtung der Staatsführung“ unliebsame Ueberraschungen bringen werde.

Ziele des Nationalsozialismus

— Berlin, 15. Juli. Der nationalsozialistische Führer Strasser sprach gestern im Rundfunk über „Die Staatsidee des Nationalsozialismus“. Die Uebertragung auf den Münchener Sender und den Südbund war unterjagt worden.

Strasser führte u. a. an: Das Vertragswerk von Versailles ist in seiner heutigen Form als unfittlicher Vertrag vor dem Sittengesetz der ganzen Kulturwelt ungültig und nichtig. Das gleiche gilt für die auf dem Vertrag von Versailles aufgebauten weiteren Tributverträge. Ebenso klar und eindeutig ist unsere Innenpolitik. Das Volk will Ordnung, Arbeit und Brot. Für uns ist die Lösung der sozialen Frage die Existenzfrage der Gegenwart, die sofort von neuen Männern in Angriff zu nehmen ist. Wirtschaft bedeutet für uns nicht Börsenspekulation, Finanzmanöver und Spekulation auf Kosten des Volkes, sondern Werte schaffen, die der Allgemeinheit zugute kommen. Unser nächstes Ziel ist die Beseitigung des Leerlaufs der deutschen Wirtschaft:

1. Durch Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und Gesundung der Landwirtschaft; 2. durch Lösung der Frage des gerechten Arbeitslohnes und 3. durch sinngemäße Einschaltung unserer Geldwirtschaft in den Rahmen der kommenden Nationalwirtschaft.

So, wie wir einen lebensfähigen Mittelstand auf biologischen Wegen bejahen, eine starke Arbeiterschaft durch Lösung des sozialen Problems wollen und ein sauberes auf Verantwortung aufgebautes Berufsbeamtenamt fördern, sehen wir in dem deutschen Bauern nicht nur einen Schwanz unter Schwänzen (?), sondern den Urquell unserer völkischen Erneuerung überhaupt. Das Lösungswort und Programm aber heißt: „Deutschland, nur Deutschland, nichts als Deutschland!“

Politische Kurzmeldungen

Das 200jährige Reichspräsidentenpalais bedarf dringend einer baulichen Erneuerung. Herr v. Hindenburg wird aus diesem Grunde im Juli in die alte Reichskanzlei übersiedeln, die ehemals Bismarck zur Wohnung diente. — Im Reichshaushaltsplan 1932 sind 20 Millionen für den freiwilligen Arbeitsdienst und 50 Millionen für die Siedlungen eingeplant worden. — Die Gründungsversammlung der „Neuen bürgerlichen Partei“ hat beschloffen, einen Arbeitsausschuss zu beauftragen, an alle zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum stehenden Parteien und deren bisherige Wähler einen Aufruf zu lassen, der dazu auffordert, unter Zurückstellung aller bisherigen parteimäßigen oder persönlichen Sonderinteressen das Bürgerium zu einer großen politischen Bewegung zusammenzuschließen. — Dem Entschluß der Reichsregierung, den Rundfunk für Reden von Parteipolitikern im Wahlkampf unter gewissen Voraussetzungen freizugeben, haben Bayern und Württemberg sich nicht angeschlossen. — Im Reichsanzeiger wird eine mit dem 1. Juli 1932 in Kraft tretende Verordnung veröffentlicht, nach welcher auf Grund der Regierung erteilten Vollermächtigung vom 9. März 1932 die Zollsätze für Holz erhöht werden. — Aus Kopenhagen verlautet, daß die dänische Regierung ein dreimonatiges Einfuhrverbot für sämtliche Waren erlassen hat. Eine Ausnahme bilden lediglich diejenigen Warengruppen, die auf Grund einer besonderen Einfuhrerlaubnis nach Dänemark gelangen. — Die englischen Wirtschafts-Wissenschaftler Cantan und Keynes wenden sich gegen eine Zwischenslösung in Lausanne. Keynes fordert rasche Einigung und Verlegung der Konferenz nach Washington. — Die Generalkonferenz der Bischöfe, Methodistenkirche in Atlantic-City (USA.) faßte eine Entschloßung, in der Revision des Kriegsschuldparagrapen des Versailler Vertrages, Einstellen der Reparationsforderungen, Neuregelung der Kriegsschulden unter Initiative Amerikas und Verringerung der Rüstungen gefordert werden. Die Konferenz umfaßte Vertreter aus allen Teilen der Welt.

Amerika und die Moratoriumspläne

Wie aus dem Washingtoner Staatsdepartement verlautet, steht die Regierung der Vereinigten Staaten den europäischen Meldungen über den Plan eines 5- oder 10jährigen Abrüstungs- und politischen Moratoriums kühl gegenüber. Ein amtlicher Vorschlag ist jedoch in Washington noch nicht eingetroffen, er wird aber erwartet. Nach Ansicht des Staatsdepartements wirkt ein derartiges Moratorium für die Regierung der Vereinigten Staaten die Schuldenfrage in für sie peinlichstem Augenblick auf. Außerdem würde es am Stand der gegenwärtigen Rüstungen nichts ändern und keine Dauerregelung der europäischen Frage bedeuten. Die Regierung der Vereinigten Staaten lehne einen allgemeinen Rüstungsfesttag ab, da ein solcher für die Landrüstungen notwendiger sei als für den Flottenabbau. Im übrigen sei die Frage der Landrüstungen der europäischen Staaten das Haupthindernis für die Wiederherbeiführung des wirtschaftlichen Gleichgewichts.

Kleine politische Nachrichten

Die Benutzung des Rundfunks durch die politischen Parteien. Ein bevorstehender Erlaß des Reichsinnenministers von Gayl über den Gebrauch des Rundfunks durch die politischen Parteien sieht eine Regelung für die letzte Woche vor den Wahlen vor. Sämtliche Reichsparteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten dürfen in der letzten Wahlwoche den Rundfunk je 25 Minuten in Anspruch nehmen und zwar die schwächste Fraktion zuerst.

Griechenland stellt Kriegsschuldenzahlung an Amerika ein. Der griechische Gesandte in Washington ist beauftragt worden, der Regierung der Vereinigten Staaten mitzuteilen, daß Griechenland infolge der schweren Krise und wegen der Unmöglichkeit der Devisenbeschaffung gezwungen ist, die Zahlung seiner Kriegsschulden an Amerika unabhängig von den kommenden Entschloßungen in Lausanne am 1. Juli einzustellen.

Frankreich zieht den Restbetrag seines Goldes aus Amerika zurück. Die Bank von Frankreich hat den Restbetrag ihres in den Vereinigten Staaten befindlichen Goldes in Höhe von 55 Millionen Dollar zurückgezogen. Der Rest des noch in USA. verbleibenden fremden Goldes beträgt nur noch 700 Millionen Dollar.

Die Notverordnung im Urteil der Presse

Zur ersten Notverordnung der Regierung von Papen nehmen die Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „D. A. Z.“ schreibt, es werde kein grundsätzliches Reformwerk vorgelegt, sondern es werde für den Anfang lediglich, wie bisher schon versucht, den Brand an denjenigen Stellen zu ersticken, wo er am heftigsten wüte. Es handle sich ganz einfach darum, die Zusammenbrüche öffentlicher Kassen für die nächste Zeit zu verhindern. — Der „Börsenkurier“ betont: Die Notverordnung sei der lebendige Ausdruck deutschen Elends. Selbst wer sich auf Schlimmes gefaßt gemacht habe, sei erschüttert. Das Einzige, was mit der Verabschiedung dieses Etats erreicht werde, sei, daß man für die nächste Zeit keinen Kassenbruch von einschneidender Bedeutung irgendwo zu fürchten habe. — Das „Berliner Tageblatt“ vermißt das unter Brünning ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Notverordnung beleuchte den Mangel an konstruktiven Ideen. — Der „Tag“ bezeichnet die Notverordnung als eine Zwischenmaßnahme. Man könne nur die Hoffnung aussprechen, daß nach Lausanne in der angekündigten Aufbauverordnung Maßnahmen getroffen würden, die den Abbau des jetzigen Systems zur Folge hätten, das nur darin bestehe, mit neuen Lasten die Kosten der Arbeitslosigkeit zu decken, die durch das Uebermaß der Lasten zum Teil verschuldet sei. — Die „Deutsche Zeitung“ hebt hervor, das deutsche Volk werde für die

Aus aller Welt

Berliner Schüler gehen auf Abenteuer.

Seit zwei Tagen werden sechs Berliner Schüler im Alter von 15 bis 18 Jahren vermisst. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß die sechs Jungen zusammen nach einem lange vorher entworfenen Plan nach Sietin gefahren sind, um von dort aus mit einem Segelschiff das Weiße zu suchen. Die Polizeibehörden sind bereits verständigt, und sämtliche Häfen der Ostsee sind von der Flucht der Berliner Gymnasiasten benachrichtigt worden. Die sechs sind im Besitze von Pistolen und Proviant in Form von Mehl, Zucker, Konserven, Hülsenfrüchte, Kaffee, Kakao usw., der für eine längere Reise ausreicht. Außerdem verfügen die jugendlichen Ausreißer über nicht unerhebliche Geldmittel, da sie durchweg begüterten Berliner Familien angehören.

Rheinischer Industrieller verunglückt

Der 66jährige Geheime Kommerzienrat Max von Guilleaume, Mitinhaber der Kachelwerke Felten und Guilleaume, Carlswerk AG. Köln-Mühlheim, wurde auf seinem Sommerstübchen „Haus Calwuth“ bei Remagen erschossen aufgefunden. Sein Diener, der sich in den oberen Räumen des Hauses aufhielt, hörte plötzlich einen Schuß. Als er nach unten eilte, fand er seinen Herrn, den Kopf zur Seite geneigt, mit einer klaffenden Wunde am Tisch sitzend. Ein Schuß aus einer Jagdbüchse war mit solcher Wucht in den Kopf gedrungen, daß ein Teil der Schädeldecke abgedeckt und die Fensterscheibe zertrümmert war. Offenbar hatte sich Herr Guilleaume mit seiner Jagdflinte beschäftigt. Er hatte kurz vorher mit seinem Förster eine Fahrt zum Anstand verabredet.

Kurznachrichten aus aller Welt

Die amtliche Weinkontrolle ist einer großen Weinfälschungssaffäre in der Pfalz auf die Spur gekommen, die in Mannheim ihren Ausgangspunkt hat. Eine Mannheimer Weingroßhandlung hat in den letzten Wochen erhebliche Mengen Weisweine, man spricht von etwa 80-100 000 Liter — als angebliche 1931er Oberhaardter in die Pfalz verkauft und geliefert, die jedoch mit badiischen Hybridenweinen vermischt waren, was nach dem neuen Weingesetz unter Strafe gestellt ist. — Bei Tankmanövern auf dem Truppenübungsplatz La Courvine (Frankreich) geriet ein junger Offizier unter einen schweren Tankwagen und wurde auf der Stelle getötet. — Bei der Stadt Elgoibar in der Nähe von San Sebastian entgleiste der letzte Wagen eines elektrischen Zuges in einer Kurve. Hierbei wurden drei Personen getötet und 50 verletzt.

Württembergischer Landtag

Finanzausschussprüfung des Landtags

In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses des Landtags warf Präsident Mergenthaler die Frage des Zusammentritts des Landtags auf. Die Heuernte sei in vollem Gange und die Landwirte hätten den Wunsch, daß der Landtag jetzt nicht einberufen werde. Der Präsident gab einen Ueberblick über die zu bewältigenden Aufgaben und vertrat die Auffassung, daß eine zweite Generaldebatte vermieden werden sollte. Dagegen sei es erwünscht, die rein württembergischen Fragen in den Vordergrund zu rücken; hierzu seien 4-5 Tage für das Plenum notwendig. Es wurde nach einer Aussprache mit Mehrheit beschlossen, die nächste Tagung des Landtags am 23. Juni zu beghnen. Getagt soll werden am 23., 24., 25. und 30. Juni; eventuell noch am 1. Juli. Die Verteilung der Referate über den Staatshaushalt rief erneut eine lebhafte Aussprache hervor. Die Verteilung der Referate wurde wie folgt vorgenommen: Die Nationalsozialisten stellen die Referate für die Staatskapitel 1-4, 13-21, 47-59 und 74-80, das Zentrum für die Kapitel 22-28, 45, 46, 60-63, 65, 89-98 und für das Staatsgesetz. Die Sozialdemokraten stellen die Referate für die Kapitel 1-4, 5-7, 64, 67-70, 81-87 und erhalten weiter das Referat „außerordentlicher Dienst“.

Der Sturz

von der Höhe

Original-Roman von Fritz Ritzel-Mainz
Copyright by Verlag „Neues Leben“
Bayr. Gmain. Obb. Nachdruck verboten

18

„Aber Welty — haben Sie denn nicht gehört, was ich sagte?“ begann Herr Willstein eben wieder, als er auf seine letzte Frage gar keine Antwort erhalten hatte. „Der Kerl wimmelt immer noch hier herum und gedenkt trotz Ihres Einspruchs seine Sache durchzuführen!“

„Welcher Kerl?“ fragte Hugo Welty gedankenlos.
„Welcher Kerl — was für eine Frage? Der Vertreter der Societe internationale montaine, der die Leute für Bergwerke begeistern will, die wahrscheinlich auf dem Mond oder auf dem Sirius liegen. Hat meinem Alten eine ganze Karre voll Erproben vorgelegt — Kobaltblende, silberhaltiges Gestein, Kupfererz und was weiß ich, was sonst noch! Schwört bei allen Teufeln, daß die schönen Sachen fast offen am Tage lägen — in den Ausläufern des kleinen Atlas — hat er, wenn ich nicht irre gesagt! Ganz geordnete Zustände herrschen in der Gegend, seitdem die Franzosen ihre Fremdenlegion um ein paar Bataillone verstärkt hätten! Es fehle nur ein Kapital, um die unermeßlichen Schätze zu heben! Na — Sie müssen es ja besser wissen!“

Hugo Welty war aufmerksam geworden. Mit einem Rud wandte er sich plötzlich seinem Begleiter zu und fragte langsam:

„Und welchen Bescheid hat Ihr Herr Vater dem Manne gegeben, Willstein?“

„Gar keinen!“ — war die Antwort — „oder nur einen, der nicht gehalten und nicht gestochen ist. Bevor er sich engagieren könne, müsse er sich informieren! Wissen ja, wie ängstlich mein alter Herr ist — in dem Falle ganz besonders, weil Sie, der doch jahrelang in Frankreich gewesen ist, der dort domizilierten Gesellschaft durch Ihren Protest bei dem Börsenvorstand gerade kein günstiges Zeugnis ausstellten!“

„Na — hören Sie einmal — so möchte ich meinen Protest denn doch nicht ausacleat wissen!“ erwiderte Hugo

Bürgerpartei und Bauernbund fallen zu die Kapitel 29 bis 54, 66 und 88. Der Finanzausschuss tritt am Dienstag zur Beratung der ihm überwiesenen Anträge zusammen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 16. Juni 1932.

Vom Rathaus Bad Liebenzell.

In der letzten Gemeinderatssitzung nahm die Beratung des Vorschlags für 1932 einen breiten Raum ein. Schwerer wie je einmal ist es, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen und fast unmöglich erscheint es auch, heute schon für die Zukunft zu arbeiten. Doch muß zur ordnungsmäßigen Durchführung des Gemeindehaushaltes ein Plan vorliegen, der die Richtlinien enthält, an die sich Gemeinderat und Verwaltung halten können. Einleitend teilte Bürgermeister Müller mit, daß das Rechnungsjahr 1931, wie sich bis jetzt überblicken lasse, ohne wesentlichen Abmangel abschließen werde, trotzdem die Inanspruchnahme der Ortsfürsorge gewaltig gewachsen sei. Dagegen stehen irgendwelche Restmittel für das neue Rechnungsjahr nicht zur Verfügung. So mußte versucht werden, Einnahmen und Ausgaben zum Ausgleich zu bringen. An eine Erhöhung der Gemeindefinanzierung oder der Bürgersteuer könnte nicht gedacht werden, denn es sei unmöglich, das ohnehin notleidende Saisongewerbe noch mehr zu belasten. Wie in den letzten Jahren sei man auch heuer wieder auf einen Zuschuß aus dem Ausgleichsstock und einen Staatsbeitrag zu den Schulkosten angewiesen. Wenn man mit den letztjährigen Zuschüssen rechne und eine Gemeindefinanzierung von 22 Prozent (wie im Vorjahr) zugrunde lege, bleibe trotzdem noch ein ungedeckter Abmangel von über 4000 RM. Dieser könne nur dadurch gedeckt werden, daß die Ausschüttung, welche die Stadtgemeinde vom G.E.Z. erhält, zum Ausgleich herangezogen werde. Die Einsparungen durch Gehaltsabzüge und den durchgeführten Beamtenabbau betragen rd. 8000 RM. Sie werden aber durch den erhöhten Fürsorgeaufwand wieder restlos beansprucht.

Ein einzelnen sind als wichtigste Beträge zu nennen bei den Einnahmen: Ertrag des Gemeindebesitzes einschl. der Waldungen 7500 RM., Zinsen 880 RM., Zuschuß der Kurverwaltung 2500 RM., Bürgersteuer 3000 RM., Ersätze an Fürsorgekosten 3000 RM., Wasserzinsen 11 500 RM., Kanalgebühren 1000 RM., Straßenbeiträge 1200 RM., Ertrag der Gemeindefinanzierung 37 000 RM. Bei den Ausgaben: auf Grundbesitz 3200 RM., Schuldenzinsen 14 250 RM., Amtsschaden 13 500 RM., Besoldungen 13 500 RM., Pensions- und Versicherungsbeiträge 4900 RM., Fürsorgekosten 20 300 (nach Abzug der Ersätze, also der halbe Betrag der Gemeindefinanzierung), Schuldkosten 14 000 RM., Straßenunterhaltung 10 000 RM. Die Gesamteinnahmen betragen 44 450 RM., die Ausgaben 109 236 RM., der Abmangel somit 64 886 RM.

Bei der Beratung stellt Stadtrat Ehrhardt den Antrag, den Wasserzins ab 1. Juli nicht nur wie im Voranschlag vorgesehen um 10 sondern um 15 Prozent zu senken. Dieser Antrag wurde nach eingehender Aussprache und Prüfung des Für und Wider von der Mehrheit des Gemeinderats unterstützt und zum Beschluß erhoben. Weiter wurde beantragt, für den Fonds zur Errichtung einer Sammelkläranlage statt den vorgesehenen 2000 RM. nur 1000 RM. gleich dem Ertrag der Kanalgebühren, vorzusehen. Es sei heute nicht mehr die Zeit, Gelder für Projekte anzusammeln, deren Ausführung noch in ziemlicher Ferne liege. Der Vorsitzende führte dazu aus, daß der Gemeinderat sich verpflichtet habe, jedes Jahr den genannten Betrag einzustellen. In den letzten Tagen seien jedoch die Pläne für die Sammelkläranlage, die vom Abwasseramt der Min.Abt. für Straßen- und Wasserbau gefertigt wurden, eingekommen. Im Voranschlag seien die Gesamtkosten der Anlage auf 32 000 RM. berechnet; sie liegen also ganz wesentlich unter dem seither angenommenen Betrag. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, daß die Regierung damit

zufrieden ist, wenn künftig nur noch jährlich 1000 RM. aufgebracht werden. Der entsprechende Beschluß wurde hierauf einstimmig gefaßt. Sehr beanstandet wurde auch die Höhe der Umlage zum Gewerbesteuerverband Calw. Ein Betrag von 50 RM., wie er im Vorjahr für einen Schüler bezahlt werden mußte, sei entschieden zu hoch. Der Vorsitzende wurde beauftragt, diesen Standpunkt im Verbandsschulgemeinderat zu vertreten. Hierauf wurde der Voranschlag mit den Deckungsvorschlägen der Stadtverwaltung einstimmig angenommen.

Der Liebenzeller Mission, welche an der Seestraße an Stelle eines alten Kellergewölbes ein Wohnhaus mit Lagerräumen erstellen will, wird die nachgefragte Befreiung von der Baupolizei, welche auf diesem Baugelände ruht, erteilt. Außer dem jetzt fertiggestellten Anbau des Café Essig und einem teilweisen Umbau des Kurhauses Dr. Bauer beim Unteren Bad ist in diesem Frühjahr noch nichts gebaut worden, so daß es sehr begrüßt wird, wenn durch dieses Projekt die Bautätigkeit etwas belebt wird. — Auf ein Gesuch des Bürgermeisters um Vermehrung der auf der hiesigen Bahnhofsstation aufliegenden Sonntagskarten und um Einführung der Mittwoch-Ausflugskarten teilt die Reichsbahn mit, daß von jetzt ab auch Sonntagsfahrkarten nach Unterreichenbach und Hirsau ausliegen werden. Die weiter gewünschten Karten und auch die Einführung der Mittwochskarten müssen abgelehnt werden. Die letzteren seien nur für größere Städte und bedeutendere Kurorte vorgesehen. Bad Liebenzell hat aber bekanntlich einen sehr großen Ausflugs- und Reiseverkehr, besonders auch als Sitz der Liebenzeller Mission. Der Gemeinderat will sich daher mit der ablehnenden Haltung der Reichsbahn nicht zufrieden geben. Stadtrat Morgeneier wünschte auch noch zu beantragen, daß der Zug 3102, Pforzheim ab 12.14 Uhr, Unterreichenbach an 12.37 Uhr bis nach Bad Liebenzell durchgeführt werde; der Zug liege 51 Minuten in Unterreichenbach und könne in dieser Zeit gut hierher gebracht werden. Da zweifellos ein Bedürfnis für Verbesserung des Bahnverkehrs vorhanden ist, wird der Antrag vom Gemeinderat sehr unterstützt.

Der Kurbetrieb hatte unter dem schlechten Wetter der 2. Hälfte des Mai und des ersten Drittels des Juni sehr zu leiden. Die Sorgen der Kurverwaltung und des Fremdenverkehrs wurden täglich größer — jetzt steigt mit dem Barometer auch der Mut wieder. Seit der vergangenen Woche kommen zahlreiche Gäste an. Ob sich allerdings die Ausfälle der letzten 4 Wochen aufholen lassen, ist sehr zweifelhaft, zumal jetzt wieder neue Störungen des Kurbetriebs durch die Reichstagswahlen mitten in der Hauptzeit in Aussicht stehen. Viele wollen eben in der Zeit des Wahlkampfes zu Hause sein und verschoben ihre Reise oder lassen sie ganz ausfallen. Die Kurorte, die unter den schweren Zeiten ohnehin sehr leiden, haben den Schaden.

Württ. staatlicher Ruhestandsbeamtenverein Bezirk Calw

Der Bezirk Calw des Vereins, der die Oberämter Calw, Nagold und Neuenbürg umfaßt und dessen letzte Ausschussung ein günstiges Bild über den Zuwachs von neuen Mitgliedern erbrachte, hält am kommenden Sonntag seine diesjährige Generalversammlung im Saale des Badiischen Hofes in Calw ab. Der Landesvorsitzende des Vereins, Oberpostdirektor a. D. Cappeller aus Stuttgart, wird hierbei über die jetzige ernste Lage der Ruhe- und Wartestandsbeamten sprechen (s. Anzeige).



... einige Tropfen
MAGGI Würze
verbessern
das einfachste Essen.

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

zurückgelassenen Karte sah und heben mich nicht getroffen? Das bebaure ich!“

„Und eine für mich sehr wichtige Angelegenheit wollte ich mit Ihnen besprechen, liebster Freund — eine dringende Bitte an Sie richten!“

„Eine wichtige Angelegenheit und eine dringende Bitte, Monsieur Charlot? Da bin ich in der Tat neugierig! Ich glaube, Sie wollten mir die frohlichen Stunden in Erinnerung zurückrufen, die wir zusammen im „Club de Sebastopol“ verlebt haben! Hat sich die reizende Astrid von der Opera comique über meine Abreise mit einem anderen getroffen?“

„Nichts von Astrid — nichts vom „Club de Sebastopol“! versicherte eifrig der Franzose.“

„Ciel — sind schöne Tage gewesen! Was mich zu Ihnen führt, ist rein geschäftlicher Natur! Als Vertreter der „Societe internationale montaine“ habe ich zu meinem lebhafte Bedauern in Erfahrung gebracht, daß Ihre geschätzte Firma gegen die Zulassung unserer Aktien bei dem hiesigen Börsenvorstande protestiert hat!“

„Aberdings!“ sagte Hugo Welty kühl. „Und zwar aus guten Gründen. Die Garantien, welche Ihre Gesellschaft den Erwerbern Ihrer Anteilsscheine bietet, erscheinen uns nicht genügend!“

„Aber non Dieur, pourquoi, bester Herr Welty? Ich kann nur annehmen, daß Sie über unsere Gesellschaft falsch unterrichtet sind! Wenn Sie gestatten, lege ich Ihnen die vollgültigen Beweise dafür vor, daß von irgendeinem Bedenken gegen die Zulassung unserer Aktien gar keine Rede sein kann. Aus alter Freundschaft beschwöre ich Sie, wenigstens diese Beweise zu prüfen. — Sie werden dann gewiß zu einer günstigeren Auffassung der Sachlage kommen!“

„Wenn Sie sich auf unsere alte Freundschaft berufen, dann muß ich wohl Ihrem Wunsch nachkommen, Monsieur Charlot!“ sagte Hugo Welty lächelnd. „Und wenn Sie mich wirklich von der Solidität des Unternehmens überzeugen, dann bin ich auch nicht abgeneigt, meine Firma zu veranlassen, ihren Einspruch zu korrigieren! Aber eine Gefälligkeit ist der anderen wert und nur dann, wenn Sie —“

„Ich habe die ausgedehntesten Vollmachten, Monsieur Welty!“ fiel der Franzose eifrig ein. „Jeder Wunsch, den Ihre verehrte Firma stellt, soll erfüllt werden!“

(Fortsetzung folgt.)

Unterreichenbach, 15. Juni. Fabrikant Beck, ein verdienter und noch immer eifriger Förderer des Turnens, feierte hier seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar ist Mitbegründer der Turngemeinde 88 in Pforzheim und hat den Turnverein Unterreichenbach-Dennjacht ins Leben gerufen.

Sonntags, 15. Juni. Auf Antrag der Gemeinde ist ein freiwilliger Arbeitsdienst eingerichtet worden. Als Projekt dient die Herstellung eines zur Holzabfuhr notwendigen Waldwegs. Von 38 gemeldeten Arbeitsdienstwilligen konnten nur 30 zugelassen werden. Die Teilnehmer wurden vom Arbeitsamt Pforzheim bestimmt. Die Dauer des freiwilligen Arbeitsdienstes umfaßt 20 Wochen.

Altensteig, 15. Juni. Gestern um die Mittagszeit ereignete sich am „Anker“ ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer von Wenden und einem Nagolber Auto. Der Radfahrer kam in ziemlichem Tempo die steile Höhenbergstraße herunter und fuhr an der Kurve in das Auto, das von Richtung Nagold kam. Der Radfahrer wurde über die Windschutzscheibe geworfen und ziemlich schwer verletzt. Das Fahrrad war total demoliert und auch das Auto wurde stark beschädigt.

St. Oberndorf N. Herrenberg, 15. Juni. Der 33-jährige Kellner Friedrich Hartmann von hier hat vor 8 Tagen in einem Urauer Gasthof einen Rahmschlegel verspeist. Hierbei soll er sich laut „Gäubote“ eine Fleischvergiftung zugezogen haben. Es zeigte sich bei ihm im Laufe der Woche sichere Anzeichen hierfür, und zwar Erlahmung der Augenlider, der Stimmritzer und des Kehlkopfs. In bedenklichem Zustand wurde Hartmann letzten Samstag in die Medizinische Klinik nach Tübingen verbracht, wo er nun am Sonntag nacht gestorben ist.

St. Böblingen, 15. Juni. Auch in mehreren Gemeinden des Oberamts Böblingen sind bei Schulkindern gehäufte Erkrankungen mit hohem Fieber aufgetreten, die sich bei der Untersuchung als Paratyphus B herausgestellt haben. Nach den Ermittlungen ist es so gut wie sicher, daß die Erkrankungen auf den Genuß von bazillenhaltigem Speiseeis am Pfingstmontag-Markt in Ehningen zurückzuführen sind.

St. Neutlingen, 15. Juni. In der vorvergangenen Woche hat das Bankhaus Ruoff, Duenzer u. Cie. seine Schalter geschlossen. Nach einer Untersuchung des Status durch Notar Kurr und einen Stuttgarter Sachverständigen hat sich herausgestellt, daß bei einer die heutige Wirtschaftslage berücksichtigenden Bewertung der Vermögensgegenstände diese die vorhandenen Verpflichtungen nicht mehr voll zu decken vermögen und daher die Gläubiger, abgesehen von den kleinen, mit einigem Ausfall an ihren Forderungen rechnen müssen.

St. Tübingen, 15. Juni. Das Todesurteil an dem Hilfsarbeiter Beyle aus Engelsbrand N. Neuenbürg, der vom Tübinger Schwurgericht wegen vierfachen Mordes, begangen in der Nacht vom 28. März 1931 an seinen Schwiegereltern, seiner Frau und seinem 8-jährigen Sohnchen, drei-

mal zum Tode verurteilt wurde, wird, nachdem der württ. Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, Freitag früh 5 Uhr in Tübingen vollstreckt. Dem Verurteilten wurde heute früh Mitteilung von der Ablehnung seines Begnadigungsgesuches gemacht. Innerhalb 48 Stunden muß das Urteil vollstreckt werden.

St. Stuttgart, 15. Juni. Heute vormittag kam es vor dem Arbeitsamt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Als die Nationalsozialisten Flugblätter verteilen wollten, in denen zum Besuch einer Versammlung aufgefordert wurde, wurden sie von anwesenden Kommunisten daran gehindert und es kam im Verlauf zu einer kleinen Schlägerei. Die Polizei, die rasch zur Stelle war, zerstreute die Ansammlungen ohne große Mühe. Es wurden dabei keine Personen festgenommen, sondern die Polizei wandte mit Erfolg die Taktik an, möglichst die durch die letzte Notverordnung sehr aufgeregten Massen nicht zu beunruhigen.

St. Urach, 15. Juni. Der 15-jährige Sohn Wilhelm der Frau Hüfner, Witwe des früher in Neutlingen ansässigen und im Kriege gefallenen Möbeltransporteurs Hüfner, war mit der Schule auf einem Ausflug in Beuron. Dort wurde in der Donau ein Bad genommen, wobei der junge Hüfner plötzlich im Wasser versank und ertrank.

St. Ueberlingen N. Geislingen, 15. Juni. Durch die Unachtsamkeit des Personals auf der Maschine des Tälzuges ab Ueberlingen vormittags 10.37 Uhr in Richtung Geislingen wurde am Montag ein großes Unglück verhütet. Als der Zug etwa 300 Meter vom Bahnhof in die Nähe der Filsbrücke kam, hielt er mit einem sanften Ruck durch die Luftbremse an. Als man nachsah, saßen zwei spielende Kinder im Alter von ungefähr 1½-3 Jahren mitten auf dem Geländeübergang in den Schienen und ließen sich durch das Gebimmel der Glöcke auf der Maschine nicht stören.

Better für Freitag und Samstag

Im Norden liegt Hochdruck. Depressionsgebiete zeigen sich im Süden, Osten und Westen. Unter diesen Umständen ist für Freitag und Samstag zwar zeitweilig bedecktes, aber immer noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Aus Württemberg

Mahnahmen gegen die mißbräuchliche Verwendung von Unterstützungsgeldern

Dem Innen- und dem Wirtschaftsministerium ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß in einzelnen Fällen Arbeitslose nach Empfang der Arbeitslosenunterstützung einen erheblichen Teil der Unterstützung alsbald vertrunken haben. Im Anschluß hieran sind auch schon mehrfach Ausschreitungen begangen worden. Gegen derartige Vorkommnisse muß, so heißt es in einem Erlaß der genannten Ministerien, mit allem Nachdruck eingeschritten werden, da sonst die

Der zehnte Jahrestag der Zerreißung Oberschlesiens

El. Gleiwitz, 16. Juni. Ganz Oberschlesien stand am Mittwoch im Zeichen der stillen Trauer um die widerrechtliche Abtrennung wertvoller Landesteile, die vor 10 Jahren mit der Uebergabe der Staatshoheit in Ostoberschlesien an Polen zur Tatsache wurde. Alle öffentlichen und zahlreiche private Gebäude hatten Halbmaße geflaggt. Auch von allen Gruben und Hütten wehten Trauerfahnen. Um 12 Uhr ertönten auf allen Industriewerken die Sirenen, während gleichzeitig in Stadt und Land ein viertelstündiges Trauergeläut aller Kirchenglocken begann. Arbeit und Verkehr ruhten vielfach für kurze Zeit.

Gefahr besteht, daß sie von der Bevölkerung zum Nachteil der bedürftigen Arbeitslosen verallgemeinert werden. Die Oberämter und Ortspolizeibehörden haben Anweisung zur Unterbindung solcher Fälle erhalten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse. St. Stuttgart, 15. Juni. An der Börse hält die Geschäftsluft immer noch an. Die Kursveränderungen am Aktienmarkt waren nicht von Bedeutung. Auch am Rentenmarkt gab es nur unbedeutende Schwankungen.

St. Berliner Produktenbörse vom 15. Juni. Weizen märk. 249-251, Roggen märk. 186-188; Auslandsroggen 195; Futter- und Industrieernte 164-170; Hafer märk. 154-158; Weizenmehl 31-34,75; Roggenmehl 25,25-27,20; Weizenkleie 10,30-10,80; Roggenkleie 9,80 bis 10,30; Viktoriaerbsen 17-23; K. Speiserbsen 21-24; Futtererbsen 16-17; Pelusischen 16-18; Ackerbohnen 16-17; Wicken 16-18; Lupinen blaue 10-11; dto. gelbe 14,50-16; Weizen 10,30-10,40; Erdnußkuchen 10,60; Erdnußkuchenteig 10,90; Trockenschnitzel 8,70; Extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10; dto. ab Stettin 10,90; allgem. Tendenz: abgeschwächt.

Viehpreise. Kalen: Ochsen 280-330, Stiere 200-290, Farren 150 bis 310, Kühe 160-340, Kälber und Jungvieh 60-350, Kälber 35-50 M. - Oberndorf: Jungvieh 90-125, trächtige Kälbinnen 340-370; geringe Kühe 130-150, Milchkühe 260 bis 360 M. - Schussenried: Ochsen 300, Kälber 280-340, Jungvieh 100-180, Kälber 270 M. - Tübingen: Kühe 300-420, Kälbinnen 350-450, Jungvieh 120-180, Kälber 50-120 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vertriebskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftlgt.

Amtl. Bekanntmachungen

Oberpostdirektion Stuttgart

Bergebung d. Hochbauarbeiten für d. Posthausneubau in Calw

und zwar:

Gipfer-, Schreiner-, Schlosser- u. Malerarbeiten.

Die Vergebung erfolgt auf Grund der Verdingungsordnung für Bauleistungen (B. D. B.) aufgestellt vom Reichsverdingungsausschuß Aug. 1925 (Neueste Auflage). Die Unterlagen können bei dem unterzeichneten Amt in der Zeit vom 17. Juni bis 23. Juni 1932 abgeholt werden. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, ebenda bis 25. Juni, vormittags 11½ Uhr einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung der Angebote statt, welcher die Bieter beizubehalten können.

Calw, den 15. Juni 1932.

Die Bauleitung für den Postneubau Calw

Calw, Badstraße 41.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert am 17. ds. Mts., 10 Uhr, in Unterreichenbach: 1 fourmierter Kleiderschrank, ferner: 1 Kommode u. 1 Sofa. Zusammenkunft b. Rathaus Ger.-Polz.-Stelle.

Krämer-, Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt

in Weisberstadt, am Montag, den 20. Juni 1932. Beginn des Schweinemarkts um 7 Uhr; des Viehmarkts um 8 Uhr.

Bürgermeisteramt: Schüb.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert Freitag, 17. 6., 9 Uhr in Altbühlach: zka. 2 cbm. tannene Bretter, 7 tannene Balken je zka. 3 m lang. Ferner um 16 Uhr in Witzbach: 1 Fah mit Moß, 1 leeres Fah, 1 Motorrad DKW. 299 ccm. Zusammenkunft je beim Rathaus. Ger.-Polz.-Stelle.

Freitag von 8 Uhr ab gibt es auf der Freibank Schweinefleisch das Pfd. 50 Pfg.

Kommen Sie,



wenn Sie Bedarf an Druckarbeiten haben, zu uns. Wir beraten und bedienen Sie gut

Tagblattdruckerei

Der Verkaufserfolg

liegt in der Werbung, die erfolgreichste Werbeart ist die mittelst Anzeigen in der Tageszeitung

Der Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw

wird wieder einen Kurs in Schaufensterdekoration abhalten lassen.

Bauplätze:

Neue Kap.-Berg-Str. 1
Ed.-Konz.-Str. 2
Lange Steige 3
Stuttgarter-Str. 3

Reichert an der Brück.

Seltene Qualität **Ruhfleisch** Pfd. 50 Pfg. Pant Müller zur Krone

Solides, fleißiges **Mädchen** nicht unter 20 Jahren, welches schon in Stellung war und in Küche bewandert ist, wird auf 1. Juli in einfach bürgerlichen Haushalt in Nähe Stuttgarts gesucht. Schriftliche Angebote mit Lohnanspruch und Zeugnisabschriften unt. Sch. D. 138 an die Gesch.-St. ds. Bl. erbeten.



ELEKTRO-ZIEGLER CALW

Fernsprecher 211

Kleinerer, außerhalb der Stadt gelegener Bauplatz

wird zu kaufen gesucht. Angebote unter R. 220 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gesucht

wird eine zuverlässige wsmöglichst alleinlebende Person zu einem Kinde Eintritt sofort S. Münz, Rentheim

Weinmädchen

nicht unt. 23 Jahren gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Einspannerwagen

hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Beleuchtungskörper Heizkissen Heiz- und Kochapparate Bügeleisen Tauchsieder Heißluftdusche

Täglich **Gefrorenes Wilh. Sachs Konditorei Fernsprecher 208**

Geschäftshaus mit 3 Wohnungen

Laden u. schönem Garten ist sofort in Calw unter günstigen Bedingungen sehr billig zu verkaufen. Angebote unt. S. S. 138 an die Gesch.-St. ds. Bl. abgeben.

2- od. 3-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör auf 1. Sull an ruhige Familie zu vermieten. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Dachlack

zum Streichen von Pappdächern empfiehlt **E. Kirchherr Zimmermeister**

Württ. staatl. Ruhestandsbeamtenverein, Bezirk Calw.

Die Generalversammlung

findet am Sonntag, den 19. Juni 1932, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Badischen Hofes in Calw statt.

Herr Oberpostdirektor a. D. Cappellet, Vorsitzender des Landesvereins Württ. staatl. Ruhestandsbeamten, Sitz in Stuttgart, hat sein Erscheinen zugesagt und wird über die gegenwärtige tiefste Lage der Ruhestandsbeamten sprechen. Hiezu werden die Vereinsmitglieder, namentlich die noch außerhalb des Vereins stehenden staatl. Ruhe- und Wartungsbeamten, auch Beamte im Dienst, freundlichst eingeladen. Die Vorstandsch.

„Concordia“ Calw

Nächsten Sonntag, 19. Juni, von 11-12 Uhr im Stadtgarten

Liederstunde

Frauen-, Männer-, Gemischte Chöre.

Eintrittspreis: 30 Pfg. Hiezu ergeht herzliche Einladung.

KURGARTEN HIRSAU

Heute Donnerstag 8 Uhr **Tanz-Abend** ausgeführt von der Streichabteilung des Musikvereins Hirsau / Eintritt 40 Pfg. pro Person

Hypotheken

evtl. sofort greifbar Finanzierungen, Gesuche, Steuer- und Buchführungssachen, Auskünfte über Vermögen u. Charakter usw. Persönlicher Besuch mit Unterlagen u. Schätzungsunterlagen erbeten an Schultheiß a. D. Bausenhardt Stuttgart, Büchsenstr. 26 a

Geschäftshaus

mit Lebensmittel- oder Gemischtwarengeschäft in guter Lage bei hoher Anzahlung zu kaufen gesucht. Angebote erbeten unter A. R. 138 an die Geschäfts-Stelle ds. Bl.